

1209/J XXI.GP

**ANFRAGE****der Abgeordneten Mag. Johann Maier  
und Genossen  
an die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend "Auflassen der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Salzburg"**

Es sind Bestrebungen des Ministeriums für soziale Sicherheit und Generationen im Rahmen der möglichen Ausgliederung (bzw. Privatisierung) bekannt geworden, die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchungen in Salzburg aufzulassen und nach Linz zu verlegen. Auch der Rechnungshof war vor Jahren für eine generelle Umstrukturierung eingetreten. Ein derartiges Vorhaben wird sowohl von der Arbeiterkammer Salzburg wie auch von der Wirtschaftskammer Salzburg und auch von dem - für Gesundheitsfragen ressortzuständigen - Landeshauptmann Stellv. Gerhard Buchleitner mit allem Nachdruck abgelehnt. Diese Ablehnung wird auch von einem Großteil der Salzburger Bevölkerung geteilt.

Unverständlich ist dieses Vorhaben gerade deswegen, als es sich bei der Salzburger Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung um eine wirtschaftlich gutgeführte Bundesanstalt österreichweit handelt, so dass im Vergleich mit den Bundesanstalten in anderen Bundesländern unter anderem gerade die Frage gestellt werden muss, warum deren "Probekosten" (Gesamtkosten pro bearbeiteter Probe) weit über denen der Salzburger Untersuchungsanstalt liegen. Es liegen nach unserem Informationsstand beispielsweise auch die Personalkosten der Salzburger Untersuchungsanstalt im Verhältnis zu untersuchten Probenanzahl weit günstiger als bei anderen Anstalten.

Überdies muss auch auf die - im Vergleich zu anderen Bundesanstalten - relativ hohen Eigeneinnahmen hingewiesen werden, sowie auf die anerkannten Forschungsarbeiten dieser Bundesanstalt.

Neben diesen grundsätzlichen Feststellungen gibt es natürlich noch eine Reihe von weiteren fachlichen Argumenten - sowohl gesundheitspolitischen sowie auch ökonomischen - , die eindeutig gegen eine Auflassung bzw. Verlegung der Salzburger Bundesanstalt nach Linz sprechen. (z.B. notwendig für exportierende Wirtschaft und Lebensmittelimporteure; Anlaufstelle für Salzburger KonsumentInnen; aufwendiger Probentransport nach Linz bedeutet zusätzliche finanzielle Belastungen; etc.)

In Anbetracht der in den letzten Jahren - europaweit - enorm aufgetretenen und bekannt gewordenen Lebensmittelskandale wäre ist es ein absolut falsches Signal an die Öffentlichkeit, die Salzburger Bundesanstalt zu schließen und nach Linz zu verlegen. Die Kontrolle der Lebensmittelsicherheit wäre damit in diesem Bundesland gefährdet und die EU - Vorgaben zur Einhaltung der Lebensmittelsicherheit im Hinblick auf nationale Kontrollen bzw. Untersuchungen kaum zu erfüllen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen nachstehende Anfrage:

1. Ist es richtig, dass Sie beabsichtigen, die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Salzburg nach Linz zu verlegen bzw. überhaupt zu schließen?

2. Wenn ja, mit welcher Begründung?
3. Gibt es dafür einen Zeitplan? Wenn ja, wie sieht dieser aus?
4. Mit welchen Mehrkosten der öffentlichen Hand wird - bei gleichbleibender Probenanzahl - bei einer Verlegung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung für Salzburg nach Linz - gerechnet, da die von den behördlichen Aufsichtsorganen gezogen Proben jeweils nach Linz gebracht werden müssten (z.B. Zeit - , Personal - und Fahrtkosten).
5. Wie soll bei der Verlegung nach Linz gerade den Interessen der exportierenden Salzburger Lebensmittelwirtschaft und des Handels (Export wie Import) entsprochen werden, die oft kurzfristig entsprechende Gutachten für Importe und Exporte in andere Staaten als EU - Staaten benötigen (Untersuchungszeugnisse; Zertifikate).
6. Mit welchen Mehrkosten hat die Salzburger Wirtschaft zu rechnen?
7. Was spricht gegen die Erhaltung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Salzburg?